



# Der Rote Sanitäter

Organ der Roten Hilfe Erzgebirge-Vogtland

## Bildung eines Amnestie-Ausschusses

Proletarische Organisationen, kämpfen für Voll-Amnestie!

Untenstehender Brief wurde von der Roten Hilfe, Erzgebirge-Vogtland, an die folgenden Chemnitzer Organisationen gesandt: Sozialdemokratische Partei, Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Liga für Menschenrechte, Gewerkschaftsartell, Sportartell, Internationaler Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit, Mieterverein, Freidenker, Sozialistische Arbeiterjugend, Kommunistische Jugend, Kommunistische Partei, Roter Frontkämpferbund, Roter Frauen- und Mädchenbund, Internationale Arbeiterhilfe. Er lautet:

„Im Namen der 325 proletarischen politischen Gefangenen in Deutschland, im Namen deren Frauen und insbesondere deren Kinder, welche ihren Vater seit vielen Jahren nicht mehr gesehen haben; im Namen der Kinder, welche ihren Vater nicht mehr kennen, da sie noch klein waren, als der Vater auf Grund seines revolutionären Pflichtbewusstseins zu zehn oder noch mehr Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, wendet sich die Rote Hilfe, Erzgebirge-Vogtland, an Ihre Organisation.

Im verflossenen Reichstage, wie auch in verschiedenen Landesparlamenten, haben fast alle Parteien in der letzten Zeit eine Amnestie für die politischen Gefangenen befürwortet. Trotzdem wurde die Annahme eines Amnestie-Antrages, der den erwähnten Gefangenen endlich die Freiheit gebracht hätte, verhindert. Hoffnungsvoll sahen die Gefangenen der Auflösung des alten Reichstages entgegen. Jeder einzelne war davon überzeugt, daß der Reichstag nicht auseinandergehen könne, ohne sich für eine Vollamnestie ausgesprochen zu haben. Die Gefangenen wurden getäuscht und mit ihnen alle die, welche seit Jahren um ihre Befreiung kämpfen. Doch war damit noch nicht alle Hoffnung aufgegeben. Die Gefangenen gewannen die Ueberzeugung: was der alte Reichstag nicht brachte, wird der neue Reichstag nachholen. Die Regierungsparteien werden am 20. Mai ihre Antwort erhalten. Die Regierungsparteien haben am 20. Mai ihre Antwort erhalten. Mit gewaltiger Verstärkung rückten die Sozialdemokratie und die Kommunisten in den neuen Reichstag ein.

Erneut stellte die kommunistische Reichstagsfraktion den Antrag auf Vollamnestie. Seit dem 13. Juni sind die Verhandlungen im Gange, aber bis zur Stunde konnte keine Einigung zu Stande kommen. Diese Verschleppung der Amnestie muß bei jedem ehrlich denkenden Menschen zu ernststen Befürchtungen Anlaß geben. Wie berechtigt solche Bedenken sind, zeigt die Wendung, welche jetzt in der Frage der Amnestie eingetreten ist. In jenem Augenblick, wo von Seiten des Reiches die Frage der Amnestie zum Abschluß gebracht werden soll, da beginnen die Landesregierungen die Ermächtigung des Reiches für eine Amnestie anzusechten.



Im Preussischen Landtag erklärt Ministerialdirektor Schäfer, „das Preussische Staatsministerium und auch andere Länder stehen auf dem Standpunkt, daß nicht das Reich, sondern die Länder in der Frage der Amnestie zuständig seien“.

Der Generalstaatsanwalt Dr. Haffner im Badischen Landtag erklärt im Namen der Badischen Regierung, daß die Badische Regierung aus sachlichen Gründen den Erlaß einer Amnestie ablehne, weil sie darin eine schwere Gefährdung des Rechtsempfindens weiterer Bevölkerungsteile und eine starke Gefährdung der Staatssicherheit erblicke. Außerdem sei die Regierung der Ansicht, daß das Reich zur Erlassung einer Amnestie, die in die Justizhoheit der Länder eingreife, nicht zuständig ist.

Das ist der letzte entscheidende Schlag gegen jede Amnestie. Gegen diesen Schlag wendet sich die Rote Hilfe Deutschlands, die Wahlerin der wirtschaftlichen und poli-

tischen Interessen der proletarischen politischen Gefangenen und ihrer Angehörigen. 400 000 Einzel- und Korporationsmitglieder der Roten Hilfe stehen in Deutschland kampfbereit.

In dieser Situation wendet sich die Rote Hilfe an alle sozialpolitischen Organisationen, um tatkräftige Unterstützung im Kampfe um die Befreiung aller proletarisch-politischen Gefangenen.

Um eine einheitliche Zusammenarbeit aller sozialpolitischer Organisationen innerhalb des Bezirkes Erzgebirge-Vogtland sicherzustellen, schlägt die Rote Hilfe Erzgebirge-Vogtland vor:

**die sofortige Bildung eines Amnestie-Ausschusses!**

Der Bezirksvorstand der Roten Hilfe Erzgebirge-Vogtland hat, um die Bildung des Amnestie-Ausschusses zu bewerkstelligen, eine kombinierte Sitzung für die Vertreter aller sozialpolitischen Organisationen für

**Mittwoch, den 27. Juni 1928, 20 Uhr einberufen.**

Als Tagungslokal wird vorgeschlagen „Kaffee Runze“, Chemnitz, Theaterstraße (Vereinszimmer).

In der Ueberzeugung, daß auch Ihre Organisation das Anerbieten der Roten Hilfe nicht abschlagen kann, erwartet die Rote Hilfe das bestimmte Erscheinen Ihres Organisations-Vertreters.

Rote Hilfe Erzgebirge-Vogtland  
Bezirksvorstand.

Jeder Proletarier muß überall, im Betrieb und in der Gewerkschaft, für die „Rote Hilfe“ werben!

# Bezirks-Konferenz der Roten Hilfe

(Bezirk Erzgebirge-Vogtland) am 9. und 10. Juni 1928 in Chemnitz

Die Konferenz wurde um 17 Uhr in dem reichgeschmückten Saal im Gasthaus „Neugablenz“ durch den Genossen G. eröffnet. G. begrüßte zunächst die erschienenen Delegierten sowie die Vertreter der auswärtigen Bezirke. Insbesondere begrüßte G. die im Jahre 1927 aus dem Zuchthaus zurückgekehrten Genossen des Bezirkes Erzgebirge-Vogtland. Genosse G. gab dabei bekannt, daß der Genosse Emil Pactow, Chemnitz-Altendorf, am Freitag, dem 8. Juni, nachmittags 3 Uhr verstorben sei. Pactow gehörte mit zu den zurückgekehrten Genossen. Er verbüßte drei Jahre Zuchthaus wegen Sprengstoffvergehen. Die Genossen ehrten den dahingegangenen aufrechten Kämpfer durch Erheben von ihren Plätzen. Ferner verlas der Genosse G. noch ein Begrüßungsschreiben der noch inhaftierten Revolutionäre im Zuchthaus Sonnenburg, sowohl auch einen Brief aus der Gefangenenanstalt Rottbus.

Nach der Wahl des Präsidiums wurde in die eigentliche Tagesordnung eingetreten. Der Genosse G. erhielt das Wort zum Geschäftsbericht. Anschließend daran wurde der Kasienbericht von der Genossin L. gegeben. Ueber beide Berichte wurde gemeinsam diskutiert. Eine ganze Anzahl von Vertretern aus den Bezirken ergriffen das Wort. Schwächen wurden mit aller Sachlichkeit kritisiert und konkrete Vorschläge für die künftige Arbeit des Bezirkes gemacht. Die Sonnabendtagung war um 19 Uhr beendet.

Um 20 Uhr wurde die öffentliche Werbeveranstaltung abgehalten. Die Delegierten hatten dazu freien Zutritt. Darüber hinaus war eine große Zahl von Arbeitern und Arbeiterinnen erschienen. Das reichhaltige Programm sprach allgemein an. Die Mittweidaer KVB-Kapelle bestritt den musikalischen Teil. Die Proletarische Volksbühne brachte zum wiederholten Male das Stück „Unser Weg zum Sieg!“.

Am Sonntag wurde dann zu den Aufgaben der Roten Hilfe Stellung genommen. Genosse Schlör umriß in großen Strichen die gegenwärtige politische Lage, die die Klassenbewußte Arbeiterschaft zur äußersten Aufmerksamkeit, zur rücksichtslosesten Kampfschloffenheit zwingen muß.

Nach ihm sprach Genosse Gladewitz in einem instruktiven Vortrag an Hand mehrerer Tabellen über den organisatorischen Aufbau der Roten Hilfe.

Der Diskussion schloß sich ein Vortrag des Genossen Rechtsanwalt Dr. Helm an. Dessen interessante lehrreiche Ausführungen über „Wie verhält sich ein Proletarier vor Gericht“ wurden von den Delegierten mit großer Aufmerksamkeit und starkem Beifall aufgenommen. Die glänzend verlaufene Konferenz wurde mit dem Gesang der „Internationale“ geschlossen.

Wir bringen anschließend zwei Resolutionen, die einstimmige Annahme fanden, und das Begrüßungsschreiben der in Sonnenburg eingekerkerten Klassengenossen, die treu zur Revolution stehen, zum Abdruck:

## Für die Vollamnestie

Auf Grund der Tatsache, daß der Deutsche Reichstag aufgelöst wurde, ohne eine Generalamnestie für alle proletarischen politischen Gefangenen auszusprechen, bezeichnen die Vertreter der Roten Hilfe, Erzgebirge-Vogtland, als ihre erste und in dem Vordergrund stehende Aufgabe, den Kampf für eine Generalamnestie in verschärfter Form fortzusetzen. Bei der Eröffnung des neuen Reichstages wird die kommunistische Reichstagsfraktion als erstes erneut den Antrag auf Generalamnestie für alle proletarischen politischen Gefangenen stellen. (Was inzwischen bereits geschehen ist.) Die Rote Hilfe-Funktionäre sind sich dessen bewußt, daß der Antrag die erforderliche Unterstützung erhalten wird, wenn die gesamte werktätige Bevölkerung die Stimme des Protestes ertönen läßt für unsere proletarischen politischen Gefangenen. Die Vertreter der Roten Hilfe, Erzgebirge-Vogtland, verpflichten sich, die noch zur Verfügung stehende Zeit auszunützen, um alle Werttätigen in Stadt und Land für den notwendigen Protest zu mobilisieren. Der Ruf: „Heraus mit unseren proletarischen politischen Gefangenen!“ muß alle Werttätigen in Stadt und Land vereinigen.

## Gegen den reaktionären Strafgesetzentwurf

Die Vertreter der Roten Hilfe, Erzgebirge-Vogtland, sind sich bewußt, daß die neugebildete Regierung ihre erste Aufgabe darin betrachten wird, den schon längst vorliegenden Strafgesetzentwurf Gesetz werden zu lassen. Die Vertreter der Bezirkskonferenz verpflichten sich daher, nichts unversucht zu lassen, um die Absichten der herrschenden Klasse und deren Regierung zu vereiteln. Die Aufgabe aller Funktionäre der Roten Hilfe wird es sein, in allen proletarischen Veranstaltungen auf die Gefahren des neuen Strafgesetzentwurfes hinzuweisen. Alle proletarischen Organisationen, wie Gewerkschaften, Genossenschaften, Sportorganisationen, müssen veranlaßt werden, in ihren Mitgliedertreffen zur Frage des Gesetzentwurfes Stellung zu nehmen. Nur so wird es möglich sein, zu verhindern eine Verschärfung des Gesetzentwurfes, einen Raub des Streikrechtes.

## Schamlose Hetze gegen die Rote Hilfe

Das „Sächsische Volksblatt“, Zwickau, leistete sich in seiner Ausgabe vom 14. Juni 1928 folgenden Erguß gegen die Rote Hilfe:

### „Voricht! Rote Hilfe!

Gleich den Deutschnationalen, die zur Verharmlosung ihrer niederträchtigen Politik unter anderen Firmen das deutschnationale Geschäft betreiben, trauen auch die Kommunisten ihrer Partei — trotz der ewigen Hinweise auf das überglückliche Rußland — recht wenig Werbekraft zu.

Dort, wo die KPD verjagt hat, dort sollen die Deckfirmen (Rote Hilfe, NS, Rote Frontkämpfer, Roter Frauen- und Mädchenbund) helfen, den steingeblichenen Parteikarren wieder flott zu machen. Auch jetzt versendet die KPD an ihre Vertrauensleute ein Rundschreiben, in dem diese verpflichtet werden, überall dort Ortsgruppen der Roten Hilfe einzusetzen, wo die KPD bei den letzten Reichstagswahlen schlecht abgeschnitten hat.

Die Rote Hilfe soll die Tarnkappe sein, unter der sich die KPD an die Wähler heranmachen will, die ihr am 20. Mai nicht auf den Leim gingen.

Wer sich auf solchen Schleichwegen an die Eltern heranmachen muß, wer sich nicht getraut, mit offenem Bistier zu kämpfen, wer in der Samariterfalsche der Roten Hilfe die Bomben gegen die SPD heranschleppt, der mag sich als „gerissener“ Stratege vorkommen; daß er aber seiner Sache selbst vertraut, wird man aus solcher Taktik nicht gerade entnehmen können.“

Zu obigem frechen Geschreibsel, die Rote Hilfe sei eine Deckfirma der KPD, ist folgendes zu sagen: Die Rote Hilfe ist, wie schon oft betont wurde, auch durch die Unterstützungsaktionen bei besonderen Anlässen und durch Gewährung von Rechtsbeistand bewiesen worden ist, eine überparteiliche Organisation, welche alle Proletarier unterstützt, die in die Klauen der Klassenjustiz gefallen sind, ganz gleichgültig, ob sie parteilos, sozialdemokra-

tisch oder kommunistisch orientiert sind. Zum Beweis dessen folgendes:

Im Jahre 1926 haben folgende Sozialdemokraten und Reichsbannerleute von der Roten Hilfe Rechtschutz bekommen:

Wilhelm Sturmes, Köln (Reichsbanner);  
Willy Schleeß, Binhornst (SPD);  
Albert Winter, München (SPD);  
Göding, Stadtlengsfeld (Reichsbanner);  
Paul Herbert, Gohlis, Ostjachsen, (Reichsbanner);  
Berthold Bowersdorf, Rügenwalde (SPD);  
Erich Fels, Bonn (Reichsbanner);  
Matthias Langen, Rodenkirchen (SPD);  
Otto Reichelt, Cöthen (Reichsbanner);  
Willy Böfener, Cöthen (Reichsbanner);  
Eduard Gobothe, Thale a. S. (Reichsbanner).

Weiterhin wurden im Jahre 1926 38 Sozialdemokraten und Reichsbannerleuten von der Roten Hilfe Rechtschutz gewährt sowie an die Familien der sich im Gefängnis befindlichen Proletarier Unterstützungen gezahlt. Wenn das „Sächsische Volksblatt“ neugierig ist, können wir auch hier mit Namen und Adressen dienen. Aus obiger Zusammenstellung ist also klar ersichtlich, daß der Zeilenschinder des „Sächsischen Volksblattes“ ein elender Verleumder ist. Obgenannte Sozialdemokraten und Reichsbannerleute werden gewiß diesem Auch-Proletarier eines anderen befehlen.

Zu dem Rundschreiben, betr. Gründung von Ortsgruppen für die Rote Hilfe zur Unterstützung der „niedergeborenen

Anläßlich des Bezirksfestes des 14. Bezirkes des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Frisch-Auf“ in Raschau i. Erzg. am 16. und 17. Juni wurden für die Rote Hilfe Mk. 15.72

gesammelt. Sportvereine! Uebt Solidarität an euren gefangenen Klassengenossen! Laßt es euch ein Ansporn sein!

KPD" (?), stellen wir fest, daß die KPD ein derartiges Kund- schreiben niemals herausgegeben hat.

Warum nun kämpft die SPD in einer solchen schmutzigen Weise gegen die Rote Hilfe?

Wie bekannt, steht die Rote Hilfe auf dem Boden des Klassenkampfes. Sie versucht mit Hilfe aller proletarischen Organisationen, die Lage der proletarischen politischen Gefangenen zu bessern und sie zu befreien. Diesen schweren Kampf der Roten Hilfe gegen die Klassenjustiz unterstützt die KPD in allen Situationen mit allen ihr zur Verfügung stehenden, auch außerparlamentarischen Mitteln.

Ist die SPD eine Klassenkampfpartei? Unterstützt die SPD die Rote Hilfe? Nein! Sie schreibt wohl zum Teil schöne Artikel über Max Hölz und andere politische Gefangene; sie schimpft wohl über die Klassenjustiz; sie bringt wohl Amnestieanträge ein — aber all diese schönen Dinge nützen dem Proletariat nichts, müssen immer nur Phrasen bleiben, weil die SPD nicht eintritt für den Kampf gegen die Bourgeoisie, gegen die Klassenjustiz, gegen die Entrechtung wirtschaftlicher und politischer Art der Arbeiterklasse, sondern für die Wirtschaftsdemokratie, für die Erhaltung dieses Staates, für die Koalition, auch für die Große Koalition (siehe Regierungsbildung im Reich). Diese von der SPD bisher durchgeführte Politik der Demokratie, der Koalition und des Ministerpräsidenten schon die ganzen Jahre hindurch wird sich immer zwangsläufig auswirken gegen die Arbeiterklasse und mithin auch gegen die von dieser Republik verfolgten proletarischen politischen Gefangenen.

Infolgedessen kann und wird die Rote Hilfe niemals zu dieser Partei das Vertrauen der Mithilfe im Interesse der proletarischen Gefangenen haben, sondern nur zur KPD, welche zu jeder Zeit bewiesen hat, daß sie zum Proletariat steht.

Und weil dem so ist, und weil in der Roten Hilfe Sozialdemokraten und parteilose Arbeiter organisiert sind, welche mit unverbrüchlicher Liebe und praktischer Solidarität den proletarischen Gefangenen und ihren Familien helfen wollen, versucht man auf diese schmutzige und verleumderische Art und Weise diese Proletarier aus unseren Reihen herauszureißen und andere, welche eventuell gewillt wären, der Roten Hilfe beizutreten, abzusprechen. Und deshalb wird der Kampf des „Sächsischen Volksblattes“ gegen die Rote Hilfe geführt.

Wir aber sind überzeugt, daß die Roten Helfer und die Klassenbewußten Arbeiter diese Zusammenhänge erkennen und sich nicht abbringen lassen durch derartige Manöver, sondern weiter agitieren werden für das Sanitätskorps des Klassenbewußten Proletariats, für die Rote Hilfe, und erkämpfen mit ihr die Freilassung aller proletarischen politischen Gefangenen.

## Die Plauener Gewerbelehrer im Kampf gegen Jungarbeiter

Am 30. Januar 1928 hatten in Plauen Jungarbeiter eine Flugchrift „Der Rote Sprecher“ vor der Gewerbeschule verteilt. In dieser wurden verschiedene Maßnahmen der Gewerbelehrer wohl scharf, aber treffend gekennzeichnet, für die Kommunistische Jugend und für den Reichsjugendtag des Kommunistischen Jugendverbandes in Chemnitz geworden.

Wegen dieser Verteilung nahmen drei Gewerbelehrer Veranlassung, verschiedene Maßnahmen zu treffen gegen einzelne Gewerbeschüler. Hierauf wurde der „Rote Sprecher“ im März noch einmal verteilt, welcher die Maßnahmen der halbtagsfreundlichen Lehrer in scharfer Weise glossierte.

Der Jungarbeiter H. in Plauen wurde vom Schöffengericht Plauen wegen Beamteneleidigung zu 40 Mark Geldstrafe, bei Nichtzahlung 10 Tage Haft, verurteilt.

Auch dieses Urteil gegen den Jungarbeiter zeigt mit aller Deutlichkeit, mit welchen Mitteln die Klassenjustiz und die mit ihr verbundene Schulreaktion arbeiten, um die Kritik an der Reaktion zum Schweigen zu bringen.

Aber trotz dieses Urteils und trotz aller Verfolgungsmaßnahmen werden sich die Jungarbeiter wie überhaupt die Klassenbewußte Arbeiterschaft nicht abbringen lassen, zu kämpfen gegen die Klassenjustiz, gegen die Reaktion, gegen den Kapitalismus,

für die Befreiung des Proletariats!

## Der Kampf um Max Hölz

Unter vorstehender Ueberschrift beginnt Rechtsanwalt Apfel in der „Weltbühne“ Nr. 20 eine Artikelserie zum Fall Hölz. Urkundlich wird hier festgestellt, daß an Hölz ein Justizverbrechen begangen worden ist. Auf Grund von haltlosen Bekundungen, falschen Aussagen und unzulänglichen Gutachten. Im zweiten Artikel, Nr. 21 der „Weltbühne“, kommt der Verfasser nach attemmäßigen Feststellungen zu folgendem Ergebnis: „Durch die Abänderung der Aussage der Frau Heß in der Voruntersuchung gegen Frische wird die übereinstimmende Behauptung der Verteidigung . . ., daß die Zeugin Heß ein ungeeignetes Beweismittel für eine Verurteilung ist, in vollem Umfang bestätigt.“

Was das bedeutet? Frau Heß war die Hauptbelastungszeugin gegen Hölz.

## Mißglücktes Kesseltreiben

Der Meineidsprozeß gegen Genossen Schüppel mit einem Freispruch beendet. — Die bürgerliche Clique von Mittelfrohna mit ihrem Raufeseldzug reingefallen. — Die Karten zu früh aufgedeckt

Eine Etappe des infamen Intrigenspiels gegen den kommunistischen Bürgermeister von Mittelfrohna, den Gen. Schüppel, ist beendet. Das strupellose Kesseltreiben der bürgerlichen Gemeinderatsmitglieder ist mißglückt. Gleich jenen betäubten Vorgesetzten schlichen sie von dannen, als der Richter sein

„Schuldlos freigesprochen!“

verkündet hatte. Böswillige Verleumdung und verzweifelter Versuch, den verhafteten Kommunisten in den Maschen des bürgerlichen Gesetzes zu fangen, sind elend gescheitert, und es ist den Intriganten nicht gelungen, ihr dunkles Ziel zu erreichen, den Genossen Schüppel als Meineidigen hinter Gefängnismauern sitzen zu sehen.

Der stattgefunden Prozeß vor dem Chemnitzer Schwurgericht ist über seine juristisch formale Bedeutung hinaus interessant. Die Verhandlung hat gleich zu Beginn offen an den Tag gebracht, was der Staatsanwaltschaft schon nach Abschluß der Voruntersuchung hätte bekannt sein müssen:

Die Anklage auf Meineid konnte gar nicht aufrecht erhalten werden!

Schon zu Beginn des Verfahrens hing die Beschuldigung an einem hauchdünnen Fädchen, aber weitergetrieben wurde es, weil die „Gewaltigen“ von Mittelfrohna es so haben wollten, und weil die Polizei, dienstbeflissen, wie sie nun einmal ist, jeder Blähung, die gerüchtweise zugegangen ist, nachschnüffeln muß.

In der großen öffentlichen Versammlung, in der der Bürgermeister Schüppel sprach, der unter der Anklage des Meineids stand und freigesprochen wurde, wurden

M. 34.03

gesammelt als Beweis der großen Sympathie, die die Massen der Roten Hilfe entgegenbringen.

Das „große Ziel“ schwebte Repräsentanten von Mittelfrohna, die als Zeugen erschienen waren, vor Augen: der eine wollte gern selbst Bürgermeister werden, und die anderen dienten der gemeinsamen Sache. Aber es hatte aus, als die Einzelstragen begannen, und Präsident Ziehl sowie Verteidiger Karger mußten erhebliche Widersprüche feststellen. Mit diesen Widersprüchen brach das schwankende Kartenhaus zusammen, und um die Niederlage ganz perfekt zu machen, holten die „Gemeinderatsmitglieder“ bürgerlichen Formats in letzter Minute, von der Angst getrieben, ihr Ziel dennoch nicht zu erreichen, zum großen Schläge aus. Dieser „Schlag“ war ihre Enttarnung, denn damit hatten sie die Karten zu früh aufgedeckt. Der stellvertretende Bürgermeister Berthold, lange vorher als Zeuge vernommen, erbat noch einmal das Wort und versuchte durch das Verlesen eines Pamphlets die Aussagen des Leumundzeugen gegenstandslos zu machen. Die sauberen Herren hatten beim Grubendirektor Böhm in Delsniz Erkundigungen eingezogen, und jitternd am ganzen Körper verlas Berthold, was dieser Kohlenbaron zu sagen mußte. Nach seinem Urteil ist Schüppel ein Mensch, der zu allem, aber nur nicht zu einer anständigen Handlung fähig ist. Das Interessante aber ist:

der Kohlenbaron beruft sich auf die Delsnitzer Sozialdemokraten,

die auf Rückfrage seine Angaben bekräftigen würden.

Die Geschichte dieses Prozesses, in einem kleinen Industriedorf begonnen und im Schwurgerichtssaal beendet, ist mehr als ein infames Intrigenspiel machthungriger Bierlichpolitiker. Sie hat neben ihrem lokalen Charakter eine eminente politische Bedeutung; denn sie zeigt, daß dem Bürgertum kein Mittel schuftig genug ist, wenn es gilt, einen Kommunisten ins Gefängnis zu bringen. In tausend Fällen ist es ihnen gelungen, haben sie aufrichtige Arbeiter der Klassenjustiz ausgeliefert; hier war der Schwindel zu offensichtlich, zu plump angelegt. Die kleinen Hartzelne von Mittelfrohna haben deutlich sichtbar demonstriert, was ihre großen Brüder in Ländern und Reich geschickt mit dem Mantel des „Rechts“ zu verdecken verstehen. Und noch etwas anderes hat sich gezeigt: die Reaktion beruft sich, will kein anderes Mittel mehr ziehen, auf Sozialdemokraten, damit sie ihr auch hier Helfersdienste leiste.

Im Prozeß gegen den Genossen Schüppel sind sie gründlich reingefallen; einen Kommunisten wollten sie mit den altbewährten Schlingen der Paragraphen fangen, und nun steht noch nicht einmal fest, ob nicht der eine oder andere dort hängen bleibt. Ein Schlag ist abgewehrt; sie aber werden sich nicht damit abfinden und morgen vielleicht schon mit einem neuen Schurkenstreich bereitstehen. Die Arbeiterschaft muß auf diese Elemente vom Schläge der Mittelfrohnaer Kapitalsfreunde ein wachsames Auge haben.

# Briefe aus den Gefängnissen

## Mahnruf der politischen Gefangenen

Sonnenburg-Neumark, Zuchthaus, 3. Juni 1928.

An die Rote Hilfe, Bezirk Erzgebirge-Bogtland, Chemnitz.

Liebe Freunde und Genossen!

Das gewaltige Ringen zwischen Arbeit und Kapital, der Kampf zwischen roter Proletarierfront und schwarzer Ausbeuterfront spielt sich langsam aber sicher zu. Immer näher rückt der entscheidende Moment.

Uns proletarischen politischen Gefangenen liegt nun wohl die Betrachtung zweier wichtiger Faktoren in diesem Kampf am nächsten; zwei Faktoren, deren Bedeutung von manchen Genossen nie genug gewürdigt wird:

Da ist zunächst unser Klassenfeind mit seiner Waffe: Justiz und Polizei. Ist es noch nötig, diesen Faktor im Kampf gegen uns in seiner ganzen Bedeutung darzustellen? Sind es nicht schon Tausende und aber Tausende, die sein Dasein in empfindlichster Weise zu spüren erhielten, Schwurzeugen gegen ihn sind! Wohl ist es nur Wirkung, seine Ursache der kapitalistische Staat; der Ursache gilt unser allerhöchster Kampf — jedoch dieser Wirkung nicht minder.

Kein Mittel dürfte scharf genug sein, diese Klassenjustiz und Willkürpolizei zu bekämpfen! Sie arbeiten rigoros, ohne Regung menschlicher Gefühle, menschlichen Denkens; wir müssen ihnen antworten: auf einen Schelm andershalben!

Unerhört in der Geschichte ist aber eine wuchtige Antwort des Proletariats: die Rote Hilfe. Und das ist der zweite Faktor im Kampfe; entgegen dem ersten aber für uns, gegen unsere Feinde, gegen Schandjustiz und Blutpolizei.

Schwestern und Brüder!

Wir proletarischen politischen Gefangenen behaupten: man muß im Kerker der „demokratischen“ deutschen Republik gewesen sein, um zu wissen, was Rote Hilfe ist!

Hinter sich muß man haben: Kampf und Verfolgung, Polizeiwüten, Klassenurteil und jahrelange „Haft“ — verfluchtes „Leben“ im Kerker: physische und psychische Foltern personifizierter Niedertracht, leidgewordener Schlüssel — tagaus, tag-ein, jahrelang schon — jahrelang noch; und all dem aufgespeicher-ten Haß — blutroten Haß — bietet sich so wenig Gelegenheit zum befreienden, die Seele erleichternden Wirken: zum Drein-hauen! — — —

Das alles muß man durchgemacht und stets die Rote Hilfe zur Seite gehabt haben, um zu wissen, daß man den Wert der Roten Hilfe nie in Worte fassen kann.

Rote Hilfe — Liebe, Treue und praktische Solidarität des Proletariats — ist uns ein Panzer gegen noch schlimmeres Wüten des weißen Terrors, Justizbestien und Bluthunde!

Ihr Schwestern und Brüder, seid nun am 9. und 10. ds. Mts. versammelt, um Rechenschaft abzulegen vor euch selbst und vor dem gesamten Proletariat, „draußen“ und im Kerker, über euer bisheriges Schaffen und um eure Arbeit der Zukunft zu besprechen.

Liebe Freunde!

Wir proletarischen politischen Gefangenen aus dem Zuchthaus Sonnenburg werden im Geiste unter euch weilen, unsere Hände werden die euren umfassen, unsere Herzen mit den euren im gleichen Rhythmus schlagen — und frei und stolz, ehrlich, ehern, werden wir mit euch gemeinsam schwören:

Wir kämpfen bis zum Sieg,  
bis rote Banner über freie Menschen wehen!

Schwestern, Brüder, liebe Rote Helfer! Wir danken nicht mit Worten für euer segensreiches Wirken; wir werden — wie bisher — auch in Zukunft mit Taten vergelten!

Es lebe die Rote Hilfe!

Es lebe die Weltrevolution!

Eurer Tagung von ganzem Herzen Erfolg wünschend, senden auch brüderlich heiße, rote Kampfgrüße

Die proletarischen politischen Gefangenen  
aus dem Zuchthaus Sonnenburg-N.:

Johannes Drews, Erich Zarehke, Gerhard Fredmann,  
Franz Fredmann, Walter Meinhardt, Emil Bergmann,  
Ludwig Burkhart, Oskar Jaudke, Willi Herpoldt,  
Paul Eid, Karl Fiedler, Otto Braune, Karl Nachtigall,  
Johann Arendt, Heinrich v. Wiedowski, Joseph Müller,  
Walter Benzmann, Herbert Dison, Willy Schatz,  
Hans Spon, Alfred Menzel, Max Mehshorn, Paul Töpfer,  
Max Hölz.

Sonnenburg-Neumark, Zuchthaus, 8. Mai 1928.

Lieber Genosse!

Mit Freude und Dank nahmen wir die anlässlich deines Besuches hier übermittelten Grüße entgegen. Angenehmer wäre es uns ja gewesen, wenn wir alle gemeinsam dich hätten sprechen können; aber die Furcht der Schergen, joviell politische Gefangene von dir und deinem lieben Genossen Franke insizieren zu lassen, war doch zu groß. Mögen sie sich nur beruhigen, denn das nötige Quantum Kampfwillen haben wir sowieso; da nützen ihnen

weder Mauern noch Gitter, weder physische noch psychische Foltern. Vorwärts geht's „draußen“ und hier im Kerker — es wird niemanden gelingen, uns aufzuhalten.

Nun hast du ja gesehen und erfahren, wie es uns hier geht; sage es nun allen Arbeitsschwestern und -Brüdern weiter: Die eingekerkerten Genossen warten sehnsüchtig auf die Befreiungsaktion von draußen, um wieder einzutreten in die rote Front, um in erster Reihe wieder mitzukämpfen an der Befreiung des Proletariats, um das rote Banner zum Siege zu führen!

Genosse Hölz wird dir ja erzählt haben, daß auch wir hier drinnen nicht ruhen, sondern jede Möglichkeit ausnützen, um auch im Kampfe zu unterstützen und mitzuarbeiten an der proletarischen Bewegung. Wir sind gewillt, unsere Arbeit zu verstärken, unsere Leistungen zu erhöhen, soweit es irgend möglich. Da begrüßen wir hocherfreut dein durch Max Hölz uns zur Kenntnis gebrachtes Versprechen, alle Hebel in Bewegung zu setzen, um den Genossen Paul Eid und Johannes Drews je eine Schreibmaschine zu beschaffen. Erfreulicherweise gehen hier für uns 23 proletarischen politischen Gefangenen täglich eine Unmenge Liebesbeweise und Solidaritätskundgebungen aus allen Teilen Deutschlands, ja sogar aus dem Auslande ein, die nun alle die Aufforderung enthalten, möglichst bald und viel zu beantworten. Du wirst dir denken können, lieber Genosse Gladewitz, wie wir uns darüber freuen und daß wir uns der höchsten Aktivität befleißigen, um allen Wünschen dieser unserer Arbeitsbrüder und -Schwestern gerecht zu werden. Mit ein paar Zeilen und kurzem Gruß ist es da nicht getan; aktuelle Fragen sollen behandelt und Indifferente müssen in ausführlichen Darlegungen zur Erfüllung ihrer Pflicht der Klasse gegenüber angehalten werden. Klassengenossen aller Parteien wünschen wüßigen Stellungnahme zu diesem oder jenem Problem und so überwältigt uns eine reiche Fülle geistiger Arbeiten.

Um nun uns Genossen hier diese Arbeit zu erleichtern, bitten wir also nochmals herzlich und dringend: Unterstütze uns in dieser Betätigung im Dienste des Proletariats und verwende dich mit größtem Eifer für Beschaffung und möglichst beschleunigter Zuführung der zwei Schreibmaschinen. Unseres herzlichsten Dankes sei gewiß.

Wir sind voller guter Hoffnung, daß, wenn du diesen Brief in einer Belegschaftsversammlung der Wanderer-Werke verliest, die dortigen Arbeitsbrüder für ihre eingekerkerten Genossen sorgen und alles Weitere veranlassen werden. Richte ihnen bitte heiße Brudergrüße von uns aus und übergib ihnen das anliegende Schreiben.

Wir grüßen auch dich, lieber Genosse Richard Gladewitz, im proletarisch-revolutionären Sinne und wünschen dir und dem Bezirk Erzgebirge-Bogtland der RSD alles Gute! Die proletarischen politischen Gefangenen aus dem Zuchthaus Sonnenburg-Neumark:

Johannes Drews, Emil Bergmann, Walter Benzmann, Johann Arendt, Paul Eid, Willi Herpoldt, Walter Meinhardt, Karl Fiedler, Joseph Müller, Franz Fredmann, Willy Schatz, Otto Braune, Gerhard Fredmann, Erich Zarehke, Alfred Menzel, Max Mehshorn, Max Hoelz. In Verbindung der Genossen: Ludwig Burkhart, Heinrich v. Wiedowski, Paul Töpfer, Herbert Dison, Oskar Jaudke zeichnet in ihrem Auftrage Johannes Drews.

## Eingänge für die Rote Hilfe vom 1.—30. Mai

Adorf i. B. f. d. Märzgefallenen 3,75 M.; Aue, Unbekannt 10 M.; Aue, Radfahrerbund „Solidarität“ 12 M.; Auerswalde, Sammlung 1. Mai 1,50 M.; Altenhain 11,46 M.; Albersoda 10.— M.; Bernsgrün, Kaninchenverein 1,50 M.; Bernsgrün, Kommunistische Jugend 2.— M.; Bernsgrün, Zimmererverband 3.— M.; Chemnitz-Altenhof (Sammlung) 18.— M.; Falkenau (Sammlung) 7.— M.; Arbeiterergänzungsverein Falkenau 2.— M.; Arbeiterturnverein Falkenau 2.— M.; Flöha (Sammlung) 5,50 M.; Freie Sportvereinigung Grünstädtel 1.— M.; Glöha (Sammlung) 9.— M.; Glauchau (Sammlung) 6,50 M.; Kurt Gäbler, Hohenstein 1.— M.; Kändler (Sammlung) 1,20 M.; Limbach (Sammlung) 3.— M.; Zentralverband für Arbeitersport, Lauter 8.— M.; Glauchau (Sammlung) 6,50 M.; Frontkämpfer Dederan 1.— M.; Arbeiterturn- und Sportbund Ottendorf 5 M.; Rodewisch i. B. (Sammlung) 80.— M.; Steinarbeiter Schreiersgrün 3.— M.; Schönheide (Sammlung) 17,25 M.; Verband der Freizeiter, Stollberg 3.— M.; Deisnig i. E. 12,25 M.; Sammelbüchse bei Quecks 12,02 M.; Sammlung Schlachtfeld Volksbad Gablenz 16.— M.; Jahnsbach f. d. Kinderheime 33,50 M.; RSD-Stadtverordnete Chemnitz 60.— M.; Büchse bei Quecks 2,22 M.; Freie Turnerschaft Köthensdorf 9,50 M.; Sammlung Reichstreffen d. Glanzel 27,78 M.; Ungenannt 1.— M.; Sammlung Wahlergebnis Zwickau 7,38 M.

Ziegeleiarbeiter Kurt Frmscher, Kändler  
spendete für seine gefangenen Klassengenossen  
20.— M.